

Nichts ist normal in Nicaragua

Erklärung zum 19. Juli, dem 40. Jahrestag der sandinistischen Revolution

Heute vor 40 Jahren, am 19. Juli 1979, begann in Nicaragua das Experiment einer sozialen Revolution, die weltweit viele Menschen bewegt und zu solidarischem Handeln veranlasst hat. Auch viele von uns haben damit Hoffnungen verbunden. Diese Hoffnungen sind grob enttäuscht worden. Der ehemalige Revolutionskommandant und heutige Präsident Daniel Ortega hat mit seiner Ehefrau und Vizepräsidentin Rosario Murillo eine korrupte Familiendiktatur errichtet, die die frühere Somoza-Diktatur an Zynismus und Brutalität noch übertrifft.

Seit April 2018 hat sich der lange aufgestaute Unmut großer Teile der Bevölkerung in einem neuen Volksaufstand entladen. Die weitgehend friedliche Protestbewegung, in der Studierende, Bäuer*innen, Gewerbetreibende, Jugendliche, Frauen und Männer aus allen Bevölkerungsschichten vertreten sind, wird seitdem brutal unterdrückt. Über 300 meist junge Menschen wurden von Antiterrorseinheiten der Polizei und von paramilitärischen Gruppen ermordet, Tausende verletzt, viele gefoltert, vergewaltigt oder entführt. Mehrere Menschenrechtsorganisationen und unabhängige Medien wurden verboten. Mehr als 80.000 Menschen mussten in andere Länder fliehen. Einige befinden sich auch in Deutschland, wo ihnen von einer uninformierten und verständnislosen Behörde das Asyl verweigert wird.

Das Ortega-Murillo-Regime scheint zu hoffen, durch gezielten Terror die Proteste zu ersticken und sich mit Gewalt an der Macht halten zu können. Zwar kam es unter dem Druck der Proteste, des Niedergangs der Wirtschaft und Sanktionen aus dem Ausland, die gegen Verhandlungen mit der Opposition, doch fast alle Versprechungen der Regierung haben sich in Luft aufgelöst. Nichts ist normal geworden in Nicaragua, wie das Regime gern glauben machen möchte. Tag für Tag werden weiterhin die Menschenrechte und die in der Verfassung garantierten Rechte auf Informations-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit mit Füßen getreten. Weiterhin befinden sich mehr als 100 politische Gefangene in den Gefängnissen und fast täglich werden weitere Personen willkürlich verfolgt und inhaftiert.

Im wirtschaftlichen Kooperationsabkommen der Europäischen Union mit den Ländern Mittelamerikas wird die Einhaltung der Menschenrechte zur Bedingung gemacht. Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass dieses Abkommen bezüglich Nicaragua suspendiert wird und gemäß einem Beschluss des Europa-Parlaments wirtschaftliche Sanktionen gegen führende Funktionär*innen des Regimes, die für gravierende Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, ergriffen werden. Ebenso fordern wir die Bundesregierung dazu auf, sich mit größerem Nachdruck für die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in Nicaragua einzusetzen sowie den nach Deutschland geflüchteten Nicaraguaner*innen Asyl zu gewähren.

Wir unterstützen die Forderungen der nicaraguanischen Protestbewegung: Einrichtung einer internationalen Wahrheitskommission und unabhängigen Übergangsjustiz sowie Bestrafung der Verantwortlichen für die von ihnen begangenen Menschenrechtsverbrechen und Wiedergutmachung für die Opfer; sofortiger Rücktritt der amtierenden Regierung und der Polizeiführung sowie Bildung einer Übergangsregierung unter breiter Partizipation der sozialen Bewegungen. Wir erklären unsere Solidarität mit der aufständischen Bevölkerung in ihrem Kampf für ein freies Nicaragua, in dem ein Leben in Würde und Selbstbestimmung möglich ist und soziale Gerechtigkeit endlich verwirklicht werden kann.

“¡¡¡ NICARAGUA LIBRE Y VIVIR !!!”

**Colectivo La Marimba, Grupo para Paz, Justicia y Democracia en Nicaragua, Nicaragua Solidarität
Berlin**